



# Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion  
Schloßplatz 6  
Rathaus – 3.Stock / Zi. 308  
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60  
Fax: 0611 - 31 69 26

[www.BLW-Fraktion.de](http://www.BLW-Fraktion.de)

E-Mail:  
[BLW-Fraktion@Wiesbaden.de](mailto:BLW-Fraktion@Wiesbaden.de)

Fraktionsvorsitzender:  
Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maierl

## **Pressemitteilung:**

### **Minister Weimar will den Abriß eines denkmalgeschützten Gebäudes**

Wiesbaden, 05.06.2009

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.05.09 wurde nach langer Diskussion und namentlicher Abstimmung mehrheitlich beschlossen, dem Land 10 Millionen EUR für Sanierungsmaßnahmen und zur Aufwertung des Areals des Gerichtsgebäudes zur Verfügung zu stellen. Wörtlich heißt es in dem Beschluß: „... dabei die wesentlichen städtebaulichen Anforderungen der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie eine städtebaulich, stadtgestalterisch und denkmalpflegerisch verträgliche Baumassenverteilung, ... die Gebäudehöhen der umgebenden Bebauungen mit einem besonderen Augenmerk auf den denkmalgeschützten Baubestand, ... zu berücksichtigen“. Dem WT vom 03.06.09 war zu entnehmen, daß Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) das denkmalgeschützte Beamtenwohnhaus an der Oranienstraße und die ebenfalls denkmalgeschützten letzten Reste der Gefängnismauer nun beseitigen möchte, um das Areal für die geplante Bebauung durch die EBS freizuräumen.

Das um 1875 entstandene Beamtenwohnhaus wurde zusammen mit dem Landgerichtsgefängnis errichtet. Das Gefängnis hat man 1996 sinnloserweise abgerissen und die so entstandene Brache stellte jahrelang einen innerstädtischen Schandfleck dar. Ebenfalls abgerissen wurden Teile der Einfriedungsmauer an der Albrechtstraße, nur an der Oranienstraße ist sie noch komplett erhalten. Für einen guten Architekten sollte es kein Problem darstellen, die beiden Objekte in eine Neubebauung zu integrieren. Man muß es nur wollen. Von einem Abriß denkmalgeschützter Substanz zu Gunsten der EBS war jedenfalls nie die Rede und dieses muß verhindert werden.

Es ist schon verwunderlich, welche unterschiedlichen Maßstäbe der Staat beim Denkmalschutz anlegt, wenn er selbst bzw. ihm genehme Organisationen, mit Steuergeldern finanzierte Projekte verfolgen (für das Vorhaben der EBS sollen über 35 Millionen EUR von Stadt und Land zur Verfügung gestellt werden). Ein Privatmann dürfte sich einen solchen Umgang mit denkmalgeschützten Objekten nicht erlauben.

Es wäre wünschenswert, wenn der Vorstoß des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen vom 25.03.09, Denkmal-, Kulturgüter- und Welterbeschutz in Deutschland als Staatsaufgabe von hohem Rang zu verankern, Aussichten auf Erfolg hätte. Dann könnten auch Politiker wie Karlheinz Weimar Belange des Denkmalschutzes nicht mehr einfach ignorieren.

Thorsten Reiß

Michael von Poser